1 D 3417 D

türkei infodienst

Nr. 78 ERSCHEINT 14-TÄGIG 26. März 1984

Menschenrechte

a) HINRICHTUNGEN

Seit dem 12.09.1980 wurden in der Türkei 48 Menschen hingerichtet (darunter 25 politische Täter).

b) TODESSTRAFEN

Seit der Verhängung des Kriegsrechtes in der Türkei wurden 297 Todesstrafen ausgesprochen.

Bestätigungen

08.03.84	Hüseyin Taskin	Beratung im Parlament (Linke)
08.03.84	Mehmet Bozbay	

c) ANTRÄGE AUF TODESSTRAFE

23.03.84	11 Linke	in Istanbul
23.03.84	7 (Mord an Priester)	in Istanbul

Vor den Gerichten der Türkei wurden seit dem 12.09.80 in 5.905 Fällen Anträge auf Todesstrafe gestellt.

d) PROZESSE

Cumhuriyet vom 09.03.1984

Dev-Sol Prozeß von Konya ging zu Ende

Vor dem Militärgericht Nr. in Malatya ging der Prozeß gegen 30 Angeklagte aus Konya zu Ende, die der illegalen Organisation Dev-Sol angehören sollen. 17 der Angeklagten wurden zu Strafen zwischen 10 Monaten und 10 Jahren verurteilt. 12 der Angeklagten wurden wegen guter Führung vor Gericht und anderer strafmildernder Gründe freigesprochen. In einem Falle erkannte das Gericht auf Nichtzuständigkeit.

Cumhuriyet vom 09.03.1984

Eröffnung von Verfahren gegen DISK-Gewerkschaften wurde abgeschlossen

Zusammen mit dem Verfahren gegen die Gewerkschaft Yeralti Maden-Is wurden nun gegen alle 30 Einzelgewerkschaften von DISK Verfahren eröffnet. Auf diese Weise ist die Zahl der im Zusammenhang mit DISK und seinen Einzelgewerkschaften angeklagten Personen auf 1233 angestiegen.
Nach dem 12. September wurden auf Befehl der Kriegsrechtskommandantur in Istanbul die Funktionäre der Gewerkschaften DISK, MISK (pro-MHP, tid) und Hak-Is (pro-MSP, tid) verhaftet, aber nur gegen die Funktionäre von DISK wurden Verfahren eröffnet. Hak-Is hat inzwischen sogar wieder die Erlaubnis zur gewerkschaftlichen Tätigkeit bekommen.

Für die DISK wurde für insgesamt 3694 Personen ermittelt. Die Militärstaatsanwalt entschied dabei in 1138 Fällen auf Einstellung des Verfahrens. Bei 1379 Personen wurde festgestellt, daß sie sich auf der Flucht befinden und ihre Akten wurden abgetrennt. Gegen 1177 Personen wurde Anklage erhoben. Von diesen Angeklagten befinden sich nur 23 Mitglieder der Maden -Is in Haft. Für die einzelnen DISK-Gewerkschaften ergibt sich folgende Zahl von Angeklagten:
Maden-Is (104), Oleyis (60), Asis (18), Findik-Is (37), Tekstil-Is (58), Devrimci Yapi-Is (28), TIS (21), Limter -Is (56), Taper-Is (15), Banksen (78), Tümka-Is (20), Lastik-Is (46), Tek Ges-Is (40), Genel-Is (80), Saglik -Is (21), Aster-Is (15), Hür Cam-Is (14), Dev Maden -Sen (16), Petkim-Is (89), Sine Sen (31), Keramik-Is (35), Ilerici Deri-Is (12), Sosyal-Is (31), Nakliyat-Is (42), Gida-Is (61), Yeni Haber-Is (14), Baysen (13), Toprak-Is (43), Yeralti Maden-Is (25), Basin-Is (54).
37 der hier angeklagten Personen sind gleichzeitig im zentralen DISK-Verfahren angeklagt. Dort wird gegen sie die Todesstrafe gefordert. 13 Personen aus dem zentralen DISK-Verfahren wurden in die Verfahren der Einzelgewerkschaften nicht aufgenommen, weil sie im zentralen Verfahren unter Todesstrafe angeklagt sind. Von diesen 50 Gewerkschaftern, die unter Todesstrafe angeklagt sind, wurden Özcan Keskec und Mustafa Aktulgali im TIP-Verfahren zu je 8 Jahren Zuchthaus verurteilt, Dincer Dogu bekam im gleichen Verfahren 12 Jahre Zuchthaus und Ahmet Nalbantoglu wurde hier zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Hürriyet vom 12.03.1984

Ermittlungsverfahren gegen Nadir Nadi

Gegen den Leitartikelschreiber der Zeitung Cumhuriyet, Nadir Nadi, wurde vor der militärischen Staatsanwaltschaft in Istanbul ein Ermittlungsverfahren eröffnet. Dem Verfahren liegt der Artikel vom 6.3.84 zugrunde, der unter der Überschrift 'Einheit und Gemeinsamkeit' veröffentlicht worden war.

Cumhuriyet vom 12.03.1984

Verbotene Publikationen

Durch Beschluß des Ministerrates wurde die Einfuhr und der Vertrieb von 54 Publikationen aus Schweden, Deutschland, dem Libanon, Syrien, Frankreich und Großbritannien untersagt. Das Verbot, daß im Amtsblatt veröffentlicht wurde, beruht auf einem Schreiben der Sicherheitsbehörde.

Cumhuriyet vom 13.03.1984

Urteil im Dev-Yol Verfahren von Denizli

Das Verfahren mit 55 Angeklagten aus Denizli, denen eine Mitgliedschaft in der illegalen Organisation Dev-Yol zur Last gelegt worden war, ging vor dem Militärgericht in Izmir zu Ende. 7 Angeklagte erhielten lebenslängliche Haftstrafen, weitere 29 Angeklagte wurden zu Haftstrafen zwischen 2 Monaten und 8 Jahren verurteilt, 14 Angeklagte wurdep mangels Beweisen freigesprochen und die Akten von 5 Angeklagten wurden abgetrennt.

Cumhuriyet vom 14.03.1984

Das Maden-Is Verfahren

Vor dem Militärgericht Nr. 2 in Istanbul wurde das Verfahren gegen die DISK-Gewerkschaft Maden-Is fortgeführt. Während das Gericht eine Entscheidung über die Beteiligung des Interimsverwalters als Nebenkläger vertagte, wurde die Verlesung der 1445 Seiten umfassenden Anklageschrift abgeschlossen. Die Verhandlung wurde für die Befragung der Angeklagten auf den Nachmittag vertagt.

Cumhuriyet vom 14.03.1984

Das ÜGD-Verfahren von Soma wurde zum 3. Mal abgeschlossen

Das Verfahren gegen 14 Angeklagte der Idealistenvereine aus Izmir-Soma wurde nun schon zum dritten Mal vor dem Militärgericht in Izmir mit einem Urteil abgeschlossen, nachdem zuvor der militärische Kassationsgerichtshof die Urteile wieder zurückverwiesen hatte. 13 der Angeklagten wurden dabei zu Haftstrafen zwischen 5 und 26 Jahren verurteilt. Den Angeklagten war neben der Organisationszugehörigkeit der Mord an dem linksgerichteten Mehmet Ali Demir zur Last gelegt worden.

Milliyet vom 15.03.1984

4 Rizgari-Mitglieder zu lebenslänglich verurteilt

Vor dem Militärgericht in Adana wurden 4 Mitglieder der illegalen Organisation Rizgari zunächst zum Tode verurteilt. Diese Urteile wurden dann aber in eine lebenslängliche Haftstrafe verwandelt. Zwei weitere Angeklagte in diesem Prozeß erhielten Haftstrafen von 8 Jahren, 11 Monaten, bzw. 13 Jahren, 4 Monaten.

Cumhuriyet vom 15.03.1984

Gegen 120 TIP'ler wurde ein Verfahren eröffnet

Gegen 120 Angehörige der Arbeiterpartei der Türkei (TIP) aus den Provinzen und Kreisen von Istanbul, Antalya, Adana, Kars, Sakarya, Kocaeli, Amasya, Bursa und Hatay wurde vor dem Militärgericht Nr. 2 in Istanbul ein Prozeß eröffnet, in dem die Militärstaatsanwaltschaft Strafen zwischen 5 und 13 Jahren fordert.
Vor dem gleichen Gericht hatte zuvor ein Prozeß gegen 145 Angehörige der Partei stattgefunden, von denen 4 zu 12 Jahren, 10 zu 8 Jahren und 88 zu 5 Jahren Haft verurteilt worden waren. Des weiteren ist derzeitig noch ein Prozeß gegen die Leiter der Partei aus Istanbul und Amasya mit 43 Angeklagten anhängig. Während die Ermittlungen für insgesamt 377 Personen geführt worden waren, hat die Militärstaatsanwaltschaft in 257 Fällen auf Einstellung des Verfahrens erkannt, so daß nun noch 120 Personen angeklagt werden.

Cumhuriyet vom 16.03.1984

Das TIEKP-Verfahren beendet

56 Angeklagte der TIEKP (Kommunistische Partei der umstürzlerischen Arbeiter der Türkei) aus Gazipasa hatten sich vor dem Militärgericht Nr. 1 in Izmir zu verantworten. 15 von ihnen wurden zu Haftstrafen zwischen 2 Jahren und 15 Jahren verurteilt, 32 Angeklagte wurden mangels Beweisen freigesprochen und die Akten von 9 Angeklagten wurden abgetrennt.
Milliyet vom 16.03.1984

Anwälte im Prozeß gegen die Friedensvereinigung forderten den Beweis der Behauptungen im Urteil

Die Verteidiger aus dem Prozeß gegen die Friedensvereinigung, Gülcin Cayligil, Prof. Cetin Özek, Turgut Kazan haben sich mit einem Schreiben an den vorsitzenden Richter gewandt und die Beweise für die Behauptungen in dem begründeten Urteil gefordert. Hier war davon die Rede, daß es im staatlichen Rundfunk und Fernsehen Sendungen zur Friedensvereinigung gegeben habe und daß die Angeklagten zusammen mit anderen Personen im Sinne der TKP bis in höchste staatliche Positionen hinein gedrungen seien.

Hürriyet vom 16.03.1984

Gegen Oktay Eksi wurde ein Verfahren eröffnet

Gegen den ehemaligen Generalsekretär der SODEP, Oktay Eksi wurde ein Verfahren eröffnet, weil er auf einer Veranstaltung am 28. Oktober 1983 gesagt haben soll, daß er bei den Wahlen am 6. November mit ungültig stimmen werde. Unter einer Strafandrohung von 3 Monaten bis 6 Monaten soll er nun zur Sache gehört werden.

Cumhuriyet vom 16.03.1984

TDKP-Verfahren von Corum

Im Verfahren gegen die illegale Organisation TDKP aus Corum wurden 5 Angeklagte von dem Militärgericht in Erzincan zu Haftstrafen von insgesamt 92 Jahren verurteilt. Sie waren beschuldigt worden, sich an den Auseinandersetzungen in Corum beteiligt zu haben und einen Mordversuch an dem Polizeibeamten Mehmet Bektas unternommen zu haben.

Cumhuriyet vom 16.03.1984

Das Zusatzverfahren Dev-Yol Diyarbakir wurde abgeschlossen

In einem Zusatzverfahren gegen Angehörige der illegalen Organisation Dev-Yol in Diyarbakir wurden die 4 Angeklagten zu Strafen zwischen 4 Monaten und 11 Jahren verurteilt. Im PKK Verfahren vor dem gleichen Gericht wurden drei Personen aus der Haft entlassen.

Cumhuriyet vom 17.03.1984

4 Angeklagte der TDY verurteilt

Vor dem Militärgericht in Elazig wurden 4 Angeklagte der Organisation Revolutionärer Weg der Türkei (TDY) zu Haftstrafen zwischen 2 und 10 Jahren verurteilt. Ein weiterer Angeklagter erhielt eine lebenslängliche Haftstrafe.

Cumhuriyet vom 17.03.1984

Die Verdächtigen an dem Mord von Prof. Bulut wurden zu Strafen zwischen 10 und 15 Jahren verurteilt

Vor dem Militärgericht Nr. 1 wurden die vermeintlichen Mörder an dem Professor Necdet Bulut zu Strafen zwischen 10 und 15 Jahren verurteilt. Einer der 5 Verurteilten, Mithat Simsek, wurde im Zusammenhang mit einem anderen Mord noch zu 24 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Cumhuriyet vom 17.03.1984

Im TIKB-Verfahren 7 mal die Todesstrafe gefordert

Im Verfahren gegen die Umstürzlerische Kommunistenunion der Türkei (TIKB) vor dem Militärgericht Nr. 2 in Ankara hat der Militärstaatsanwalt in seinem Plädoyer

in 7 Fällen die Todesstrafe gefordert. Für 41 Angeklagte forderte er eine Haftstrafe zwischen 5 und 15 Jahren, während für weitere 7 Angeklagte ein Freispruch verlangt wurde.

Cumhuriyet vom 17.03.1984

Untersuchung wegen arabischer Fahne bei Özals Kundgebung

Die Staatsanwaltschaft von Ankara hat bekannt gegeben, daß eine Untersuchung eingeleitet sei, ob es bei der Kundgebung von Özal im Kreis Cankiri zu Demonstrationen mit arabischen Spruchbändern gekommen ist. In der Mitteilung heißt es, daß man von diesem Vorfall aus der Zeitung erfahren habe und nun die zuständige Staatsanwaltschaft in Cankiri angewiesen sei, diesen Vorfall aufzuklären.

Hürriyet vom 18.03.1984

Im DISK-Verfahren drei weitere Haftentlassungen

Im DISK-Verfahren wurden drei unter Todesstrafe Angeklagte aus der Haft entlassen. Es sind dies: Ridvan Budak, Niyazi Kuas, Sükrü Özbayrak.

Tercüman vom 21.03.1984

Verfahren gegen Nazli Ilicak eingestellt

Das Ermittlungverfahren gegen unsere Kolumnistin Nazli Ilicak und den Chefredakteur Aydogdu Ilter wurde nun durch die Militärstaatsanwaltschaft in Istanbul abgeschlossen. Dabei entschied der Staatsanwalt, daß das Verfahren wegen der Publikation des Ausspruches des Vorsitzenden der DYP, Yildirim Avci, ihr kennt uns, einzustellen sei, weil hierin kein Verstoß gegen das Gesetz mit der Nummer 2969 zu sehen sei.

Cumhuriyet vom 20.03.1984

Ermittlungen gegen Cindoruk

Gegen den Kandidaten der Partei des Rechten Weges für das Bürgermeisteramt in Istanbul, Hüsamettin Cindoruk, wurde ein Ermittlungsverfahren eröffnet. Aus diesem Grunde sind drei Staatsanwälte aus Ankara nach Istanbul gereist. Die Staatsanwaltschaft gab keine Auskunft über den Hintergrund der Ermittlungen, die geheim seien und begnügte sich mit der Feststellung, daß es sich um eine der üblichen Überprüfungen der Parteien handele. Cindoruk hat unterdessen in einem Telegramm an den Ministerpräsidenten Turgut Özal darauf aufmerksam gemacht, daß wegen der Ermittlungen, die Polizei eine mobile Polizeistation bei der DYP eingerichtet habe. Özal wird aufgefordert, die Wahlen nicht in ein schlechtes Licht kommen zu lassen.

Hürriyet vom 21.03.1984

Das Dev-Yol Verfahren ging nach einer Pause von einem Monat weiter

Nach einer Pause von einem Monat wurde das Verfahren gegen 707 Angeklagte der illegalen Organisation Dev-Yol, von denen in 213 Fällen die Todesstrafe gefordert wird, in Ankara weitergeführt. Nachdem die Befragung der Angeklagten abgeschlossen worden war, wurde nun mit der Zeugenvernehmung begonnen.
Das Gericht beschloß, einen Antrag der Verteidiger, den sie auf Bitten der Angeklagten verfaßt hatten, an die Kriegsrechtskommandantur weiterzuleiten. Das Schreiben beschäftigte sich mit der Situation in den Gefängnissen. Eine eigene Anzeige wurde aber nicht gemacht.

Hürriyet vom 22.03.1984

Nach 5 Jahren beginnt das Ipekci-Verfahren erneut

Das Verfahren wegen der Fluchthilfe für den Mörder an Abdi Ipekci, Mehmet Ali Agca, aus dem Gefängnis Maltepe wurde gestern vor dem Militärgericht in Istanbul gegen 11 Angeklagte eröffnet. Gegen den Boß aus der Unterwelt, Abuzer Ugurlu, sowie den Kreisvorsitzenden der MHP in Eminönü und 2. Vorsitzender in der Provinz Malatya, Zülfükar Yasan, sowie den 2. Vorsitzenden der MHP für die Provinz Istanbul, Yilma Durak fordert die Staatsanwaltschaft die Todesstrafe. Gegen die anderen Angeklagten werden Haftstrafen zwischen 1 und 30 Jahren gefordert.

Hürriyet vom 22.03.1984

Urteil im Köy-Koop Verfahren aufgehoben

Die Urteile gegen 8 Leiter von Köy-Koop, die wegen des Verdachtes, die Vereinigung im Sinne der TKP geleitet zu haben und in ihr Mitglied zu sein, zu Haftstrafen zwischen 5 und 8 Jahren verurteilt worden waren, wurden durch die 3. Kammer des militärischen Kassationsgerichtshofes aufgehoben.

Cumhuriyet vom 22.03.1984

Das Maden-Is Verfahren

Im Verfahren gegen die DISK-Gewerkschaft Maden-Is vor dem Militärgericht in Istanbul wurden zwei Angeklagte aus der Haft entlassen. Damit hat sich die Zahl der inhaftierten Angeklagten auf 19 gesenkt.

Cumhuriyet vom 22.03.1984

2 Verurteilungen

Vor dem Militärgericht Nr. 1 wurden zwei Angeklagte der Organisation Devrimci Halkin Yolu zu Haftstrafen von je 5 Jahren verurteilt.

Cumhuriyet vom 22.03.1984

Das Verfahren gegen die Volkshäuser

Im Verfahren gegen die Führer der Volkshäuser wurde als letztem Angeklagten, die Verteidigung von dem ehemaligen CHP-Abgeordneten Erol Sarac aufgenommen. Er sagte, daß die Zentrale der Volkshäuser vor dem 12. September 1980 viele Male von den Sicherheitskräften durchsucht worden sei und niemals dort verbotene Literatur gefunden wurde.

Hürriyet vom 23.03.1984

Gegen 18 Personen wurde die Todesstrafe gefordert

Die Militärstaatsanwalt hat gegen 7 Personen, die an der Ermordung des Priesters Hasan Ali Ünal im Jahre 1982 beteiligt waren, die Todesstrafe beantragt. Nachdem es zwischem dem Opfer und den Angeklagten zu Meinungsverschiedenheiten gekommen war, hatten die Angeklagten ein Todeskommando gebildet und den Priester von Üsküdar umgebracht.
Unterdessen hat der Militärstaatsanwalt im Verfahren gegen 86 Angeklagte der TKP/ML sein Plädoyer gehalten. Für 11 der Angeklagte hat er die Todesstrafe gefordert.

e) VERHAFTUNGEN

In Giresun wurden 23 Angehörige der TKP gefaßt, die innerhalb von TÜM-DER und TÜS-DER ihre Aktivitäten entfaltet hatten. Gleichzeitig wurden in Istanbul 28 Angehörige der TIKKO, 6 davon Frauen, gefaßt. Neben 8 Pistolen wurden 5.500.- DM beschlagnahmt. In Eskisehir wurden darüber hinaus bei Operationen in dem Gebiet 1197 Pistolen gefunden (Cumhuriyet vom 15.03. 1984).

In Bingöl wurden drei Anhänger von KAWA gefaßt (Cumhuriyet vom 17.03.1984).

Im Gebiet des 4. Armeekorps wurden 12 Angehörigen einer illegalen Organisation gefaßt. Die Sicherheitsbehörden hatten Informationen über ein Treffen in Ankara bekommen. Dort wurden die Personen, die am 17. Februar 1984 dorthin kamen, verhaftet. Aufgrund der Ermittlungen wurden insgesamt 12 Personen verhaftet (WDR IV vom 22.03.1984).

f) FOLTER

Cumhuriyet vom 08.03.1984

Das TKP-Verfahren von Ankara

Im TKP-Verfahren von Ankara haben einige Angeklagte außer der Reihe um das Wort gebeten. Das Gericht erlaubte dies. Atilla Asut, Nebi Özdogan und Ali Denger sagten daraufhin, daß sie im Gefängnis Mamak gefoltert werden und sich aus Protest gegen die Repressalien seit 13 Tagen im Hungerstreik befinden.

Cumhuriyet vom 15.03.1984

Das Ilhan Erdost-Verfahren in der Revision

Die 5. Kammer des militärischen Kassationsgerichtshofes hat im Falle der Ermordung des Verlegers Ilhan Erdost bei seiner Einlieferung in das Militärgefängnis Mamak in der Revisionsverhandlung entschieden, daß das Urteil gegen den Unteroffizier Sükrü Bag aufgehoben wird. S. Bag hatte eine Haftstrafe von 10 Jahren, 8 Monaten erhalten und wurde nun auf freien Fuß gesetzt. Die angeklagten Soldaten hatten ebenfalls eine Strafe von 10 Jahren, 8 Monaten, bzw. in einem Fall von 8 Jahren erhalten. Die Urteile gegen diese 4 Personen wurden bestätigt.

Demokrat Türkiye vom 16.03.1984

Noch ein Revolutionär unter der Folter gestorben

Während praktisch jeden Tag Hunderte von Revolutionären der Folter unterworfen werden, hat die Folter in der Türkei noch ein Opfer gebracht. Die Patriotin Sevgi Kilic hat in den Folterkammern von Ankara ihr Leben verloren.

Nokta vom 19.03.1984

Das Erdost-Verfahren vor dem Abschluß

Im Verfahren gegen die Mörder an dem Verleger Ilhan Erdost hat die 5. Kammer des Kassationsgerichtshofes in einem Fall das Urteil aufgehoben und in 4 Fällen bestätigt. Von den Angeklagten vor den Militärgerichten wird von Zeit zu Zeit behauptet, daß die Behandlung in den Militärgefängnissen die Stufe von Folter erreicht. Dies war zuletzt in dem TKP-Prozeß von Ankara am 28. Februar der Fall. In diesem Fall wurden die Beschwerden der Kriegsrechtskommandantur mitgeteilt. Gleichzeitig haben sich die Angehörigen an den Staatspräsidenten, das Justizministerium, das Parlament und die Abgeordneten sowie an die Parteizentralen gewandt, weil sie keine Besuchsmöglichkeit haben. Auf diesen Vorgang ging Ministerpräsident Turgut Özal ein, als im Parlament über die Verlängerung, bzw. Aufhebung des Kriegsrechts diskutiert wurde. Hier sagte er:
"Allgemein zu der Situation in den Militärgefängnissen erreichen uns einige Beschwerden, insbesondere von den Angehörigen. Das begann schon 10-15 Tage, nachdem wir an die Regierung gekommen waren. Ich denke, daß solche Schreiben Sie auch erreichen. Darüber hinaus kommen auch Briefe aus dem Ausland. Eine Reihe von Briefen, ich denke deren Name ist amnesty international, über diesen Kanal oder auf ihre Veranlassung kommen sie. Dies sind fast immer Standardbriefe. Vom ersten Augenblick meiner Minsiterpräsidentschaft an kommen solche Briefe.
Wir untersuchen jedes Schreiben unserer Landsleute insbesondere in Ankara. Bisher habe ich keine Informationen darüber erhalten, daß die Behauptungen stimmen. Das heißt sie werden nicht bestätigt. Man könnte meinen, daß hier kleine Vorfälle aufgebauscht werden.
Am Punkt, daß besondere Art von Kleidungen angezogen werden soll, ist es zu Reaktionen gekommen. Sie haben sogar versucht, vor Gericht ohne Kleidung zu erscheinen. Das hat zu einigen Problemen geführt. Aber ich habe bisher keine Informationen erhalten, daß irgend jemand sein Leben verloren hat. Danach habe ich besonders gefragt. Darüber hinaus lassen wir alle Behauptungen untersuchen und werden sie auch weiterhin untersuchen lassen."
Nach diesen Entwicklungen ist es zur Entlassung vom langjährigen Gefängnisleiter des Militärgefängnisses Mamak, Raci Tetik gekommen, außerdem wurden die Abteilungsleiter der Blöcke A und B ausgewechselt.
Der Generalstab teilte weiterhin mit, daß es vom 12.09. 80 bis zum 23.02.82 insgesamt 410 Verfahren wegen schlechter Behandlung und Folter gekommen ist. Gegen 108 Bedienstete ist ein Verfahren eröffnet worden. Hiervon wurden 15 freigesprochen und 9 verurteilt. Der Verdacht auf Folter mit Todesfolge sei in 82 Fällen erhoben worden. Hiervon haben sich 11 als Selbstmord, 7 aus natürlichen Gründen, 4 auf der Flucht und einer bei einer Auseinandersetzung herausgestellt. 3 Personen seien unter der Folter umgekommen.

WDR vom 19.03.1984

Das Dev-Yol Verfahren

Im großen Dev-Yol Verfahren wurde mit der Vernehmung der Zeugen begonnen. Es wurde der Vorfall Nr. 1 verhandelt. Die Zeugen sagten, daß sie keinen der Angeklagten gesehen haben. In der heutigen Verhandlung meldete sich Oguzhan Müftüoglu zu Wort und führte aus, daß sie im Gefängnis einer unmenschlichen Behandlung unterworfen seien. Er fügte hinzu, daß sie ihren Hungerstreik solange nicht aufgeben werden, wie sich die Behandlung im Gefängnis nicht ändert. Die Verteidiger sagten, daß der Angeklagte Burhan Can wegen der Behandlung im Gefängnis nicht zum Verfahren erscheinen konnte. Sie forderten das Gericht auf, hier Schritte zu unternehmen. Das Gericht lehnte das Gesuch auf Vertagung der Verhandlung ab und sandte ein Exemplar des Anwaltsschreibens an die Kriegsrechtskommandantur in Ankara.

Wirtschaft

Milliyet vom 09.03.1984

Die ersten Steuerrückzahlungen am 10.Juni

Das Kabinett hat den Kreis derjenigen Leute, die zur Ausstellung einer Quittung verplichtet sind, erweitert. Außerdem hat es beschlossen, daß die Ausgaben zur Pflege und Reparatur der dauerhaften Konsumgüter im Rahmen der quittungspflichtigen Steuerrückzahlungen zu berücksichtigen sind.
In dem Beschluß wird ferner vorgesehen, daß die ersten Steuerrückzahlungen für die Beamten am 10. Juni zu erfolgen haben. Andere Steuerpflichtige erhalten ihre Steuern bis Ende Mai oder spätestens bis zum 10. Juni. Die Steuerrückzahlungen erstrecken sich auf die Zeitspanne Januar-März.

Milliyet vom 09.03.1984

Exportkrediterwartungen überstiegen 180 Milliarden Lira

Man arbeitet an einem neuen System, wodurch die Zentralbank von ihrer Funktion, die einzige finanzielle Quelle bei den Exportkrediten zu sein, befreit wird. Versprochene und zu einem gewissen Termin auszuzahlende Exportkredite belaufen sich zur Zeit auf 180 Milliarden Lira.

Cumhuriyet vom 16.03.1984

Der Jahresanstieg der Großhandelspreise beträgt 41%

Nach dem Handelsministerium hat auch die Istanbuler Handelskammer den Index für die Großhandelspreise bekanntgegeben. Hiernach überstiegen die Großhandelspreise in einem Jahr die 40%-Marke.

Milliyet vom 19.03.1984

Der Weizenpreis wird freigegeben

Staatssekretär für Außenhandel und Finanzwesen, Ekrem Pakdemirli, erklärte, daß der Weizenpreis für die neue Ernte freigegeben wird. Pakdemirli sagte:*"Soll der Staat bis in die Ewigkeit die Preise subventionieren ?"*

Milliyet vom 21.03.1984

22 Milliarden Lira für Meyak-Abzüge wurden in Blitzschnelle verteilt

Der Hauptteil der Meyak-Abzüge in Höhe von 22 Milliarden Lira wurde gestern an Staatsbeamte verteilt. Das Kabinett beschloß, daß der zweite Teil der Abzüge in Gesamthöhe von 36 Milliarden Lira am 19. Juni an Staatsbeamte zurückgezahlt wird.

Milliyet vom 18.03.1984

Yilmaz:"16.000 Lira ist ein zu geringer Mindestlohn"

Der Vorsitzende der Türk-Is, Sevket Yilmaz, widersprach der Erklärung des Ministerpräsidenten Turgut Ozal, daß der Mindestlohn 16.000 Lira betragen solle. Yilmaz sagte:*"Der Mindestlohn kann nicht per Verordnung festgelegt werden. Da aber offenbar beabsichtigt ist, den Mindestlohn durch Regierungsverordnung festzulegen, warum hat man dann die für den Mindestlohn zuständige Kommission einberufen ?"*

Internationale Beziehungen

Tercüman vom 10.03.1984

Halefoglu:"Die Türkei und Saudiarabien können zur Stabilität in der Region einen Beitrag leisten"

Außenminister Vahit Halefoglu erklärte der saudiarabischen Zeitung 'Okar' gegenüber die Politik der Türkei in den Fragen 'Der Krieg zwischen Iran und Irak', 'Die Entwicklung in Libanon', Türkisch-Griechisch-Amerikanische Beziehungen', 'Zypernproblem'.
Außenminister Halefoglu sagte, daß eine starke Türkei im Interesse der Länder der Region sei und die Türkei und Saudiarabien für die Stabilität in der Region einen positiven Beitrag leisten könnten. Halefoglu kündigte an, daß die Türkei keine in ihrer Macht liegende Hilfeleistung verweigern werde, wenn sich im Krieg zwischen Iran und Irak eine friedliche Lösung des Konflikts anbieten würde. Er meinte jedoch, daß die Türkei nicht beabsichtige, sich in die inneren Angelegenheiten beider Länder einzumischen.

Cumhuriyet vom 11.03.1984

Athen läßt locker

Die von Athen aus heiterem Himmel verursachte Spannung in den türkisch-griechischen Beziehungen läßt nach, wie sie urplötzlich entstand. Die griechische Regierung hatte zunächst behauptet, daß türkische Kriegsschiffe in Nord-Ägäis einen griechischen Kreuzer und mehrere Fischerboote beschossen hätten. Sie rief daraufhin den griechischen Botschafter in Ankara zurück und versetzte ihre Streitkräfte in Alarmzustand. Vorgestern abend änderte jedoch die griechische Regierung diese ihre Haltung und ließ nach einer Unterredung mit dem türkischen Botschafter in Athen, Fahir Alacam, verlauten, daß sie die zweite Erklärung der türkischen Regierung für befriedigend halte und deshalb den Beschluß zur Rückbeorderung des griechischen Botschafters rückgängig mache.

Hürriyet vom 11.03.1984

Wir haben 6 große Probleme

1. **Der Streit um den Kontinentalsockel:** Griechenland geht von der Existenz der griechischen Inseln in der Ägäis aus und will die Kontinentalsockelgrenze näher an die türkische Küste verlegen. Die Türkei dagegen geht von der Existenz der türkischen Küste in der Nähe aus und will die Grenze in die Mitte der Ägäis verlegen.
2. **Seehochheitsrechte:** Griechenland beruft sich auf die Seerechtskonvention der Vereinten Nationen und will die derzeitige 6-Meilenzone auf 12 Meilen erhöhen. Die Türkei dagegen erklärt, daß so eine Maßnahme aus der Ägäis einen griechischen Binnensee machen würde und deshalb als Kriegsursache aufgefaßt werden würde.
3. **Der ägäische Luftraum:** Griechenland beansprucht in der Ägäis außerhalb der türkischen Zone Hoheitsrechte für den zivilen Luftverkehr. Die Türkei dagegen beansprucht einen größeren Teil des Luftraumes in der Ägäis.
4. **Die Befehl- und Kontrollzonen der NATO in der Ägäis:** Griechenland will zum Vertrag vor 1974 zurückkehren, weil dieser Vertrag Griechenland übermäßige Vorteile einräumt. Die Türkei lehnt dies ab.
5. **Die Entwaffnung der Inseln:** Die Inseln in der Ägäis sollten nach internationalen Abkommen von Waffen frei sein. Griechenland dagegen bewaffnet die Inseln mit der Begründung, daß die Türkei für die Sciherheit der Insel eine Gefahr darstelle.

6. **Zypern:** Das Ziel von Griechenland ist, aus Zypern eine griechische Insel zu machen und bei einer günstigen Gelegenheit sie zu annektieren. Die Türken in Zypern und die Türkei lassen dies aber nicht zu und ergreifen die notwendigen militärischen und politischen Maßnahmen.

Milliyet vom 13.03.1984

Zum Bau der F-16 Flugzeuge benötigt man 4,158 Milliarden Dollar

Verteidigungsminister Zeki Yavuztürk gab bekannt, daß beim Bau der F-16 Flugzeuge insgesamt 4,158 Milliarden Dollar ausgegeben werden.

Tercüman vom 15.03.1984

Li:"Im Nahen Osten seid ihr sehr stark"

Der Staatspräsident der Volksrepublik China, Li Xiannan, traf gestern in Begleitung seiner Frau und einer chinesischen Delegation in Ankara ein.
China ist besorgt über die Entwicklung im Nahen Osten und in Libanon sowie über den Krieg zwischen Iran und Irak. Ferner vertritt China die Ansicht, daß die Türkei ein starkes Land im Nahen Osten sei und deshalb bei der Herstellung des Friedens und der Stabilität in der Region eine wichtige Rolle spielen könne.

Cumhuriyet vom 16.03.1984

Cruise Missiles und Pershings werden nicht in der Türkei stationiert werden

Es wird mitgeteilt, daß der plötzliche Besuch des stellvertretenden Ausenministers der Sowjetunion, Georgi Kornienko, im Zusammenhang mit der Stationierung der Atomraketen in der Türkei steht. Der Sprecher des Außenministeriums, Botschafter Akiman, erklärte daraufhin, daß die Türkei der Stationierung der Atomraketen nicht zustimmen werde, falls sie mit so einem Vorschlag konfrontiert werde.

Tercüman vom 17.03.1984

Die Russen haben 3 Sorgen

Die Spekulationen über den plötzlichen Besuch des stellvertretenden Außenministers der Sowjetunion, Georgy Kornienko, halten an. Die Geheimhaltung der Verhandlungspunkte geben zu verschiedenen Kommentaren und Bewertungen Anlaß.
Alle Informationsquellen sind sich in dem Punkt einig, daß Kornienko vom neuen sowjetischen Führer Konstantin Cernenko eine Botschaft an Staatspräsident Kenan Evren mitgebracht habe. Die Vermutungen über die Verhandlungspunkte konzentrieren sich auf 3 Problemkreise:

1. Wird die Türkei im Falle des Eingreifens in der Golfgion den USA Erleichterungen anbieten ?
2. Werden in der Türkei Cruise Missiles stationiert werden ?
3. Kann aus Zypern ein NATO-Stützpunkt werden ?

Hürriyet vom 17.03.1984

Die eingeschränkte Hilfe wurde in der Kommission angenommen

Die für die Außenpolitik zuständige Kommision des Repräsentantenhauses der USA hat die Auslandshilfe der Reagan-Administration in Höhe von 10 Milliarden Dollar mit Einschränkungen angenommen. Der Entwurf sieht für die Türkei eine Wirtschaftshilfe in Höhe von 175 Millionen Dollar vor. Die Militärhilfe beläuft sich auf 716 Millionen Dollar.

Cumhuriyet vom 18.03.1984

Kredite in Höhe von 750 Millionen Dollar

Die vergangene Woche war eine Woche des Kredits. Zunächst gewährte ein aus 36 Banken bestehendes Konsortium einen Türkei-Kredit in Höhe von 300 Millionen Dollar. Später wurde für den Atatürk-Staudamm ein Kredit in Höhe von 456 Millionen Dollar gefunden. Die Verträge für die Kredite wurden in London bzw. Zürich unterzeichnet.

Milliyet vom 20.03.1984

Bis 1994 werden in der Türkei 152 F-16 Flugzeuge produziert

Für die Co-Produktion der F-16 Flugzeuge wird von TUSAS und General Dynamics eine Firma mit einem Eigenkapital von 250 Millionen Lira gegründet. Später wird das Eigenkapital dieser Firma auf 137 Millionen Dollar erhöht. Der Wert der 160 F-16 Flugzeuge, die bis 1994 Stück für Stück geliefert werden, wurde auf 3,436 Milliarden Dollar festgelegt.

BRD

Tercüman vom 10.03.1984

Zuerst mit dem Tode bedroht, dann das Haus verbrannt

Der Familie Duran mit fünf Kindern (zwei davon behindert) wurde in Delmenhorst Bremerstr. ihr Eigenheim verbrannt. Die Familie sitzt praktisch auf der Straße, weil sie keine neue Wohnung finden kann.
Die Familie Duran sagte, daß sie schon früher mit dem Tode bedroht wurden und ein Pkw ihr Haus ramponiert und die Flucht ergriffen hätte.

Tercüman vom 15.03.1984

SPD hat die Auslieferung von einem türkischen Terroristen verhindert

Um die Auslieferung des türkischen Terroristen Veysi Serhat zu verhindern, griff die SPD in die Prozedur ein. Veysi Serhat sollte laut dem Beschluß eines deutschen Obergerichtes in die Türkei ausgeliefert werden, weil ihm Körperverletzung in 3 Fällen vorgeworfen wurde.
Der Antrag wurde von Udo Reichenberger, SPD-Abgeordnete in Rheinland-Pfalz , bei der Bundesregierung eingebracht , und sein Antrag wurde angenommen.
Veysel Serhat ist mit einer Deutschen verheiratet und lebt mit seinen zwei Kindern in Bad-Kreuznach. Die Türkei beantragte im Jahre 1978 seine Auslieferung, weil er 3 Türken mit Pistolenschüssen verletzt haben soll und in der Türkei wegen dieser Tat verhört werden muß. Veysel Serhat wurde in der Türkei außerdem wegen seiner Anschuldigungen, daß es in türkischen Gefängnissen gefoltert werden würde, gesucht.

Hürriyet vom 15.03.1984

Im Osman Polat-Fall wird heute das Urteil gefällt

Das Urteil im Fall Osman Polat wird heute gefällt. 2 dänische Polizisten hatten in der Stadt Frederiksund

versucht, Osman Polat festzunehmen, weil er einen älteren Dänen weggeschoben hatte. Osman Polat wurde auf dem Weg zur Polizeiwache von den zwei dänischen Polizisten mit Knüppelschlägen getötet. Osman Polat stammt aus Konya und war Vater von 6 Kindern, 5 davon Mädchen.

Tercüman vom 16.03.1984

In Athen spielten die Flüchtlinge und die Kommunisten tanzten

Die Gesetzesbrecher, die am 9. Februar das Büro der Turkish Airlines in Athen besetzten, veranstalteten gestern vor unserem Presseattache eine Kundgebung. 14 vermummte Gesetzesbrecher, die im Lager von Lavrion wohnen, sagten, daß sie zu einer ethnischen Gruppe gehörten und in türkischen Gefängnissen gefoltert würde.

Hürriyet vom 22.03.1984

9 türkische Häftlinge beendeten ihren Hungerstreik

15 türkische Häftlinge beendeten ihren seit einer Woche andauernden Hungerstreik im Bremer-Gefängnis. Der Direktor des Gefängnisses in Oslebshausen , Horst Ottig, teilte mit, daß die türkischen Häftlinge ihren Hungerstreik beendeten, nachdem sie keine Möglichkeit mehr sahen, ihre Forderungen durchzusetzen.

Demokratisierung

Cumhuriyet vom 09.03.1984

In 8 Provinzen können notwendige Güter und Immobilien beschlagnahmt werden

Im Amtsblatt wurde die Durchführungsverordnung für den Notstand, der vom 19. März an in 8 Provinzen angewandt wird, veröffentlicht. Diese Verordnung sieht die Einrichtung von Notstandsräten und Büros vor. Des weiteren gibt es einen Koordinationsausschuß. Dieser Koordinationsausschuß wird von einem Staatsminister geleitet, den das Ministerpräsidium bestimmt. Des weiteren befinden sich in diesem Ausschuß Vertreter des Ministerpräsidiums, des Justiz-, Verteidigungs-, Innen-, Außen-, Finanz- und Zoll-, Transport-, Arbeitsministeriums und des Ministeriums für soziale Sicherheit. Hinzu kommen der Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates und die anderen Zuständigen aus den betroffenen Gebieten. Dieser Ausschuß ist an die Weisungen des Ministerrates gebunden.
Daneben werden in den einzelnen Gebieten Notstandsräte einberufen. Sie treten unter dem Vorsitz des jeweiligen Gouverneurs zusammen. Der Gouverneur beruft in diesen Rat weitere Personen. Der Garnisonskommandant ist aber auf alle Fälle beteiligt. Der Notstandsrat kann auf Bedarf Büros einrichten, die die Warenzufuhr und den An- und Verkauf von Immobilien regeln.

Cumhuriyet vom 13.03.1984

Die Gouverneure werden die Zusammenarbeit mit den Kriegsrechtskommandanturen fortführen

Aufgrund der Ausrufung des Notstandes in 8 Provinzen hat der Innenminister Ali Tanriyar die betroffenen Gouverneure zusammengeholt und von ihnen gefordert, daß sie mit den Kriegsrechtskommandanten in ihren Gebieten zusammenarbeiten. In seiner Rede machte er darauf aufmerksam, daß den Gouverneure eine große Aufgabe zukomme, damit die Atmosphäre von Ruhe und Ordnung nicht wieder gestört werde. Er versprach den Gouverneure, daß die Kommandanten, deren Amtszeit auslaufe, die notwendigen Informationen und Unterlagen den zuständigen Gouverneuren zur Verfügung stellen werden.

Cumhuriyet vom 14.03.1984

Provinzorganisation Manisa der MDP: Sunalp braucht nicht zu kommen

Für den Vorsitzenden der Partei der Nationalistischen Demokratie (MDP), Turgut Sunalp, hat die Propagandareise in der Agäis schon am ersten Tag negativ begonnen. Er hätte eigentlich nach Izmir in Manisa sprechen sollen, aber die dortige Provinzorganisation ließ ihn wissen, daß er nicht zu kommen brauchen. Daraufhin hat er in verschiedenen Kreisstädten von Izmir gesprochen. Dabei sagte er, daß die Türkei an allen vier Seiten von Gegnern umgeben sei. Deswegen sei es kein Wunder, wenn auch seine Partei zum Ziel der Feinde werde. Die größte Gefahr für die Menschheit sei der Kommunismus. Schon Marx habe am Ende seiner Tätigkeit gerufen, daß er kein Marxist sei. Auf die Frage, woher er denn diese Information habe, antwortete Sunalp, das stünde in dem Buch von Ajlan Sayilgan mit dem Titel '94 Jahre des Kommunismus'.

In seiner weiteren Rede kritisierte Sunalp sowohl die außerparlamentarischen Parteien, deren Ziel es sei, eine andere Art von Separatismus zu betreiben. In Richtung auf die Regierungspartei sagte er, daß sie eine Ein-Parteien-Diktatur errichtet habe. Er äußerte die Erwartung, daß man zunächst noch die Wahlen abwarten müsse und nicht schon jetzt sagen könne, daß die Kandidaten der MDP keine Chance hätten. Schließlich sei die MDP die Alternative zur Regierungspartei.

Cumhuriyet vom 16.03.1984

In Samsun haben sich Anhänger von DYP und ANAP gestritten: 15 Personen wurden vorläufig festgenommen

Die in den letzten drei Tagen andauernden Auseinandersetzung zwischen der Partei des Rechten Weges (DYP) und der Vaterlandspartei (ANAP) haben nun in tätliche Auseinandersetzungen gemündet. Vorgestern kam es bei einer Kundgebung der DYP in Samsun zu einer Schlägerei, als aus einem vorbeifahrenden Konvoi der ANAP anzügliche Bemerkungen gemacht wurden. Nach den Auseinandersetzungen wurden 15 Personen vorläufig in Haft genommen.
Der Polizeipräsident von Samsun teilte unterdessen mit, daß schon vorher das Auto des Kandidaten der ANAP, Kemal Vehbi Gül, von Anhängern der DYP mit Steinen beworfen worden war. Außerdem verhängte der Polizeipräsident für alle 6 Parteien ein Propagandaverbot außerhalb ihrer Parteiräume.

Cumhuriyet vom 16.03.1984

Für die Fabrikation von F-16 Bombern haben 7 Firmen Angebote unterbreitet

Für den Bau der Mürted Fabrik, als Flugzeughersteller der F-16 in der Türkei, haben sieben Firmen ein Angebot unterbreitet. Wie der Reporter der Nachrichtenagentur Anka in Erfahrung gebracht haben will, soll die Firma ca. 30 km außerhalb von Ankara entstehen. Von insgesamt 8 Firmen sei ein Angebot für den Bau verlangt worden. Allerdings haben nur die Firmen Gama, Tekfen, Enka, Sezai Türkes, Fevzi Akkaya, Nurol Entes, Güris und Kutlutas ein Angebot unterbreitet. In der Zwischenzeit sind die Arbeiten für die soziale Infrastruktur abge-

TÜRKEI–INFODIENST der alternativen türkeihilfe
c/o Michael Helweg, Postfach 7088, 4900 Herford

Postvertriebsstück 1 D 3417 D Gebühr bezahlt

schlossen worden. Kanalisation und Brücken sind fertiggestellt.
Wie der Anka-Reporter weiter mitteilte, werden die ersten F-16 Bomber im Jahre 1987 aus den USA importiert und türkische Piloten auf ihnen geschult. Das erste Flugzeug, daß in der Mürted Fabrik montiert, getestet und geflogen wird, soll im Jahre 1988 hergestellt werden. Im Jahre 1991 soll dann die türkische Firma das Flugzeug vollkommen in Eigenregie herstellen.

Cumhuriyet vom 19.03.1984

Eine neue Periode beim Kriegsrecht

Das Kriegsrecht, daß in der Türkei seit dem 12. September 1980 in allen 67 Provinzen galt, wird von heute, 17 Uhr an in 13 Provinzen aufgehoben. In 8 Provinzen wird auf die Dauer von 4 Monaten der Notstand angewandt und in 54 Provinzen wird die nächsten vier Monate weiter Kriegsrecht herrschen. In den Provinzen, in denen ab heute der Notstand gilt, können folgende Maßnahmen getroffen werden:
- Ausgangsbeschränkung oder -verbot,
- Verbot von Versammlungen,
- Durchsuchung von Personen, Gegenständen und Wohnungen,
- Zwang zum Mitführen von Ausweisen,
- Verbot von Publikationen,
- Zensur von Filmen u.ä.,
- Zutrittsverbot für Personen, die die Sicherheit gefährden,
- geschlossene Veranstaltungen zu vertagen oder zu verbieten.

Vor der ersten Sitzung des Koordinationsausschußes für den Notstand machte der Vorsitzende des Ausschußes, Staatsminister Kazim Oksay, noch einmal darauf aufmerksam, daß im Notstandsfalle die größte Kompetenz den Gouverneuren zukommt.

Tercüman vom 21.03.1984

Evren: An Generalamnestie ist nicht gedacht

In einem Interview mit der Wochenzeitschrift 'Newsweek', deren Inhalt auch über die Nachrichten im staatlichen Rundfunk und Fernsehen verbreitet wurde, hat Staatspräsident Kenan Evren gesagt, daß es noch nicht an der Zeit sei, das Kriegsrecht grundsätzlich aufzuheben und daß man auch nicht an eine Generalamnestie denken könne.

Er betonte zwar, daß es die Aufgabe der Großen Nationalversammlung der Türkei sei, über eine Amnestie zu befinden, erinnerte in diesem Zusammenhang aber auch daran, daß er sich schon früher aufgrund der negativen Erfahrungen gegen eine Generalamnestie ausgesprochen habe. Er machte darauf aufmerksam, daß immer noch ein oder zwei Mal in jeder Woche Nachrichten von Aufständen der Terroristen oder Waffenfunden erschienen und man erst dann an eine Abschaffung des Kriegsrechts denken könne, wenn dieser Zustand ein für alle Mal beseitigt sei.

Milliyet vom 24.03.1984

ANAP Nr. 1, SODEP Nr. 2

Seit Neuestem existiert in der Türkei auch Meinungsforschung, die teilweise von den Zeitungen selber, aber auch durch Institute betrieben wird. Relativ konkurrenzlos steht dabei das Institut PIAR dar, daß zum ersten Mal bei den Wahlen am 6. November 1983 mit einer relativ genauen Schätzung aufgefallen ist. Die Ergebnisse von insgesamt 11 Schätzungen seit dem 21. Januar wurden in der Milliyet veröffentlicht. Da wir nicht in der Lage sind, die Ergebnisse der Wahlen schon jetzt anzugeben, wollen wir wenigstens die letzten Schätzungen hier wiedergeben, tid.

Mit Stichtag vom 21.03.1984 werden die Stimmenanteile der Parteien folgendermaßen angegeben:

ANAP	37,8%
SODEP	27,9%
DYP	12,1%
HP	10,2%
MDP	4,7%
RP	3,3%

VERWENDETE PUBLIKATIONEN

Der Zensurmechanismus in der Türkei (informelle und Selbstzensur) hat die ideologischen Unterschiede der Zeitungen verwischt. Dennoch gibt es Differenzen, die sich in tendenziöser Berichterstattung oder kommentierenden Kolumnen wiederspiegeln. Wenn auch in begrenztem Ausmaße, so übersetzen wie derartige Artikel zur Illustrierung der Meinungen in den türkischen Medien. Eine globale Einordnung der von uns ausgewerteten Presseorgane ergibt folgendes Bild:

Cumhuriyet	Türkeiausgabe, liberal
Tercüman	Deutschlandausgabe, konservativ
Milliyet, Hürriyet	Deutschlandausgabe, Regenbogenpresse, erstere etwas ernsthafter
Nokta	Wochenmagazin, türkische 'Spiegel'
WDR IV	40-minütige 'Gastarbeiter'sendung, täglich

IMPRESSUM

TÜRKEI–INFODIENST DER ALTERNATIVEN TÜRKEIHILFE
V.i.S.d.P. und Verleger: Michael Helweg, Postfach 70 88, 4900 Herford
Einzelpreis: 1,50 DM
Abonnement: 6 Monate: 20,- DM; 1 Jahr: 40,- DM
Kündigungsfrist: Spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Abos. Wird das Abo nicht gekündigt, so verlängert es sich automatisch um den vereinbarten Zeitraum
Zahlungen nur nach Erhalt einer Rechnung auf eines der folgenden Konten:
Michael Helweg, Postscheckamt Hannover, Nr. 3981 01 - 304, BLZ: 250 100 30
Alternative Türkeihilfe, Kreissparkasse Herford - Bünde, Nr. 1 000 008 613, BLZ: 494 501 20
Der Türkei - Infodienst erscheint 14-tägig